Niederschrift
über die 30. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Dienstag, 18. Juni 2019, 17:00 Uhr**
im Kommissionszimmer II, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU	
Mario Lang, Mitglied, SPD	(Vertretung für Norbert Sprafke)
Anja Möller, Mitglied, SPD	
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD	(Vertretung für Dr. Hasina Farouq)
Petra Ullrich, Mitglied, SPD	
Holger Augustin, Mitglied, CDU	
Valentino Lipardi, Mitglied, CDU	
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne	
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne	
Richard Klock, Mitglied, AfD	
Michael Werl, Mitglied, AfD	
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke	ab 17.05 Uhr, TOP 2
Thorsten Burmeister, Mitglied, FDP	(Vertretung für Matthias Nölke)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates	
Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates	(Vertretung für Gerd Walter)

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Norbert Strauch, Bürgeramt

Tagesordnung:

1.	**Neufassung des Integrationskonzepts der Stadt Kassel**	101.18.1294
2.	**Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH), Anteilskauf Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH und Verschmelzung mit dem Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH**	101.18.1332
3.	**Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ vom 23. November 1992 in der Fassung der Vierten Änderung vom 12. März 2018 (Fünfte Änderung)**	101.18.1340
4.	**Einrichtung einer Waffenverbotszone**	101.18.1338
5.	**Abschiebungen aus Kassel**	101.18.1348

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 11. Juni 2019 ordnungsgemäß einberufene 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

1. Neufassung des Integrationskonzepts der Stadt Kassel
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1294 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Das als Anlage beigefügte Integrationskonzept der Stadt Kassel – Neue Akzente 2019 – wird beschlossen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neufassung des Integrationskonzepts der Stadt Kassel , 101.18.1294, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Schnell

2. Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH), Anteilskauf Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH und Verschmelzung mit dem Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1332 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadt Kassel gibt als Gesellschafterin der Gesundheit Nordhessen Holding AG nachfolgende Erklärung ab:

1. Die Stadt Kassel stimmt dem Kauf des 20%igen Anteils, der von der Vitos Orthopädische Klinik Kassel gGmbH an der Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH gehalten wird, zum Kaufpreis in Höhe von 60.000 Euro durch die GNH zu.

2. Die Stadt Kassel stimmt der Verschmelzung der Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH mit der Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH zu.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Gesundheit Nordhessen Holding AG (GNH), Anteilskauf Casalis Ambulantes Orthopädisches Reha-Zentrum Kassel GmbH und Verschmelzung mit dem Reha-Zentrum im Klinikum Kassel GmbH, 101.18.1332, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lipardi

3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ vom 23. November 1992 in der Fassung der Vierten Änderung vom 12. März 2018 (Fünfte Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1340 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ vom 23.November 1992 in der Fassung der Vierten Änderung vom 12. März 2018 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“ vom 23. November 1992 in der Fassung der Vierten Änderung vom 12. März 2018 (Fünfte Änderung), 101.18.1340, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

4. Einrichtung einer Waffenverbotszone
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1338 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten für das Gebiet der Stadt Kassel an entsprechenden Schwerpunkten eine Waffenverbotszone einzurichten.

Vorsitzender Kortmann gibt einen kurzen Überblick zum Thema.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorsitzender Kortmann ändert auf Hinweis des Magistrats im Rahmen der Aussprache den Antrag der CDU-Fraktion wie folgt ab.

- **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der **Oberbürgermeister** wird aufgefordert, entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten für das Gebiet der Stadt Kassel an entsprechenden Schwerpunkten eine Waffenverbotszone einzurichten.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Waffenverbotszone, 101.18.1338, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

5. Abschiebungen aus Kassel
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1348 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Menschen wurden 2018 und 2019 bis jetzt aus Kassel abgeschoben?
2. Wie viele davon hatten minderjährige Kinder?
3. Wie viele davon waren schwanger?
4. Wie viele Menschen wurden in welche Länder abgeschoben?
5. Wie viele davon wurden in einer Behörde, z. B. der Ausländerbehörde oder dem Sozialamt aufgegriffen?
6. Wie viele Abschiebungen gab es in denen Familien getrennt wurden, d. h. ein oder mehrere Familienmitglieder abgeschoben wurden, obwohl die verbleibenden Familienmitglieder nicht angetroffen werden konnten?
7. Bei wie vielen lag der Zentralen Ausländerbehörde ein medizinisches Gutachten vor, in dem die Person als nicht reisefähig eingestuft wurde?
8. Wie viele von den aus Kassel abgeschobenen Menschen waren in Abschiebe- oder Rückführungshaft?
9. Wie viel hat die Stadt Kassel in diesem Zeitraum (2018, 1. Quartal 2019) für Abschiebungen bzw. Rücküberstellungen ausgegeben?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage. Die Antwort wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 17:28 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

Anlage zu TOP 5

Bürgeramt
-33-

Stadtverordnetenversammlung
Kassel
Eing. 19. JUNI 2019

05.06.2019
Herr Strauch
Tel. 7039

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 07. Juni 19

Über -II – 6.6.2019

an – III-

Stellungnahme zur Anfrage (Abschiebungen aus Kassel) der Kasseler Linken – Vorlage Nr. 101.18.1348 (Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung)

Seit dem 1.7.2018 liegt die Zuständigkeit für Abschiebungen und auch für Rückführungen gem. dem Dubliner Abkommen aufgrund einer Änderung der Zuständigkeitsverordnung zum Aufenthaltsgesetz beim Regierungspräsidium Kassel. Meine folgenden Antworten beziehen sich daher ausschließlich auf den Zeitraum 1.1. – 30.6.18.

Zu Nr. 1: Wie viele Menschen wurden 2018 und 2019 bis jetzt aus Kassel abgeschoben?

➔ 16 (1.1. – 30.6.18)

Zu Nr. 2: Wie viele hatten minderjährige Kinder?

➔ Dies wurde statistisch nicht erfasst

Zu Nr. 3: Wie viele davon waren schwanger?

➔ Dies wurde statistisch nicht erfasst. In keinem Fall wäre jedoch eine Abschiebung einer Schwangeren erfolgt, wenn Anhaltspunkte für eine gesundheitliche Gefährdung von Mutter oder Kind vorgelegen hätten.

Zu Nr. 4: Wie viele Menschen wurden in welche Länder abgeschoben?

➔ Belgien 1, Spanien 1, Niederlande 1, Dänemark 2, Finnland 2, Tunesien 1, Afghanistan 1, Algerien 1, Türkei 1, Litauen 1, Bosnien-Herzegowina 1, Polen 2, Rumänien 1

Zu Nr. 5: Wie viele davon wurden in einer Behörde aufgegriffen:

➔ Keiner

Zu Nr. 6: Wie viele Abschiebungen gab es bei denen Familien getrennt wurden?

➔ Keine

Zu Nr. 7: Bei wie vielen lag der Zentralen Ausländerbehörde ein medizinisches Gutachten vor, in dem die Person als nicht reisefähig eingestuft wurde?

➔ Bei den o.a. Fällen war die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Kassel nicht gegeben. Der Stadt Kassel lagen in keinem Fall entsprechende qualifizierte ärztliche Bescheinigungen vor.

Zu Nr. 8: Wie viele von den aus Kassel abgeschobenen Menschen waren in Abschiebungs- oder Rückführungshaft?

➔ Keiner

Zu Nr. 9: Wie viel hat die Stadt Kassel in diesem Zeitraum für Abschiebungen bzw. Rücküberstellungen ausgegeben?

➔ 23.275,25 Euro

In Vertretung

Anja Morell